

Pressemitteilung 6/2022

Halle (Saale), den 17. März 2022

Konjunktur aktuell: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft

Der Ukraine-Krieg Russlands trifft die deutsche Wirtschaft vor allem über einen Energiepreisschock, aber auch über die Unterbrechung von Handelsströmen und über eine allgemeine Verunsicherung. Zugleich erhält die Konjunktur aber von der Aufhebung vieler Pandemie-Restriktionen einen kräftigen Schub. Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) prognostiziert, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 um 3,1% zunehmen wird und der Verbraucherpreisindex um 4,8% höher liegt als vor einem Jahr. Die ostdeutsche Wirtschaft wird vom Krieg kaum schwerer getroffen als die Wirtschaft in Deutschland insgesamt.

Sperrfrist
17. März 2022, 13:00 Uhr

Pressekontakt
Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Arbeitsmarkt, Corona, Deutschland, Finanzpolitik, Geldpolitik, Konjunktur, Produktion, Prognose, Russland, Ukraine, Weltwirtschaft, wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, Wirtschaftswachstum

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2020 bis 2023

	2020	2021	2022	2023
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	-4,6	2,9	3,1	1,5
darunter: Ostdeutschland ^a	-3,8	2,0	2,4	1,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	-4,9	1,9	2,4	0,7
Tarifföhne je Stunde	2,2	1,3	2,8	3,3
Effektivlöhne je Stunde	3,3	1,8	2,2	3,2
Lohnstückkosten ^b	3,4	0,8	1,3	2,8
Verbraucherpreisindex	0,5	3,1	4,8	3,2
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	44 898	44 920	45 377	45 528
Arbeitslose ^c	2 695	2 613	2 299	2 249
in %				
Arbeitslosenquote ^d	5,9	5,7	5,0	4,9
darunter: Ostdeutschland ^a	7,3	7,1	6,6	6,4
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-4,3	-3,7	-2,4	-1,5
Leistungsbilanzsaldo	7,0	6,9	5,4	6,0

^a Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^d Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2022: Prognose des IWH (Stand: 16.03.2022).

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Europa drastisch verschlechtert. Die Preise für Rohstoffe und Energie und hier besonders für Erdgas sind stark gestiegen, die Sanktionen bringen den Russlandhandel, der über Energielieferungen hinausgeht, nahezu zum Erliegen, und euro-

päische Aktienkurse haben deutlich an Wert verloren. Im Fall eines Stopps der russischen Gaslieferungen wäre für Deutschland mit einer Bewirtschaftung des Rohstoffs und einer scharfen Rezession vor allem im Verarbeitenden Gewerbe zu rechnen. Wenn, wie hier unterstellt, Gas weiter geliefert wird, ist der konjunkturelle Haupteffekt der Krise der Energiepreisanstieg, der zu Realeinkommenseinbußen der privaten Haushalte und zum Verlust an Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen führt, insbesondere wegen des in Europa besonders teuren Erdgases. Auch werden Wertschöpfungsketten, die durch die Ukraine oder Russland führten, zerrissen. Der in den meisten Weltregionen schon vor Kriegsbeginn hohe Inflationsdruck verstärkt sich weiter. In den USA werden die geldpolitischen Zügel gestrafft, damit geht das Risiko eines Konjunkturabschwungs im Land selbst, aber auch weltweit einher.

Die deutsche Konjunktur trifft der Krieg in einer Erholungsphase, nachdem die Winterwelle der Pandemie den privaten Konsum und die wirtschaftliche Aktivität im Schlussquartal 2021 noch hatte schrumpfen lassen. „Auch wenn die Pandemie noch keineswegs vorbei ist, dürfte die Erholung mit der Aufhebung vieler zur Pandemiebekämpfung erlassener Restriktionen im März an Schwung gewinnen“, sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident des IWH. Denn die privaten Haushalte werden einen Teil ihrer während der Pandemie angesammelten Ersparnis in den kommenden Quartalen wohl zusätzlich verausgaben, was insbesondere den Dienstleistern zugutekommt. Die Produktion dürfte im zweiten Quartal deshalb recht kräftig expandieren. Freilich müssen die Konsumenten das Geld auch dazu verwenden, die höheren Lebenshaltungskosten zu bestreiten, denn die ohnehin schon starke Preisdynamik in Deutschland wird durch den russischen Krieg noch einmal erhöht. „Die Teuerung, Ausfälle von Exporten nach Osteuropa und eine allgemeine Verunsicherung sind Kanäle, über die der Krieg gegen die Ukraine die deutsche Konjunktur dämpft, was sich in der zweiten Jahreshälfte in deutlich niedrigeren Zuwachsraten der Produktion niederschlägt“, so Holtemöller. Der Aufbau der Erwerbstätigkeit verlangsamt sich im Jahresverlauf 2022. Gegen Ende des Jahres kommt er aufgrund der starken Mindestloohnerhöhung nahezu zum Stehen. Die hohen Energie- und Rohstoffpreise lassen den deutschen Leistungsbilanzsaldo deutlich von 6,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 auf 5,4% im Jahr 2022 sinken. Das Haushaltsdefizit dürfte im laufenden Jahr deutlich zurückgehen, denn mit der anziehenden Konjunktur dürften vor allem die Einnahmen der Sozialversicherungen beschleunigt expandieren, während die öffentlichen Ausgaben im Zusammenhang mit rückläufigen Kosten der Corona-Pandemie kaum steigen werden.

Die Langfassung der Prognose enthält vier Kästen:

[Kasten 1: Die russische Wirtschaft ist strukturell schwach](#)

[Kasten 2: Rahmenbedingungen für die Prognose](#)

[Kasten 3: Zur Schätzung des Produktionspotenzials](#)

[Kasten 4: Prognose der Treibhausgasemissionen](#)

Langfassung:

Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Sardone, Alessandro; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Zeddies, Götz: Konjunktur aktuell: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft. IWH, [Konjunktur aktuell](#), Jg. 10 (1), 2022. Halle (Saale) 2022.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de



Das IWH auf Twitter



Das IWH auf LinkedIn



Das IWH auf Facebook

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.